Pressemitteilung Nr. 17/1074

Modder: CDU will Hochschulmedizin zerschlagen – Dieser Vorschlag ist verantwortungslos und beweist Unkenntnis

„Der Vorschlag des CDU-Kandidaten Althusmann, die Verantwortung für die Hochschulmedizin in Göttingen und Hannover ins Sozialministerium auszulagern, ist bemerkenswerter Unsinn, verantwortungslos und beweist vor allem die Unkenntnis der CDU“, erklärt die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder dazu.

„Es ist vor allem die Einheit von Forschung, Lehre und medizinischer Versorgung, die entscheidend ist für den Erfolg der beiden Universitätskliniken in Göttingen und Hannover. Diese Einheit zu zerschlagen, das wäre fatal. Althusmann riskiert mit diesem seltsamen Vorschlag eine hochschulpolitische Geisterfahrt. Damit würde er dem Hochschul - Forschungs- und Medizinstandort Niedersachsen erheblich schaden.“

„Die SPD-geführte Landesregierung und die sie tragenden Regierungsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben erst im Mai 2017 mit einem Sondervermögen von 600 Millionen Euro allein für die Uni-Kliniken die Erweiterung, Modernisierung und damit die Zukunftsfähigkeit der erfolgreichen Universitätskliniken Medizinische Hochschule Hannover und Universitätsmedizin Göttingen beschlossen. Mit ihren kurzsichtigen Vorschlägen gefährdet die CDU diese Investitionen in die Zukunft der Hochschulmedizin. Man kann jetzt verstehen, warum die CDU-Landtagsfraktion sich dazu im Landtag enthalten hat“, macht die SPD-Fraktionsvorsitzende deutlich.

Althusmann beweist mit seinem Vorschlag darüber hinaus auch eine besorgniserregende Unkenntnis der Struktur der Hochschulmedizin in Niedersachsen: „Die CDU müsste wissen, dass es in einem Integrationsmodell wie der Universitätsmedizin Göttingen keinen gesonderten Universitäts- oder Klinikumsteil mehr gibt. Es gibt nur eine Hochschulmedizin“, sagt Johanne Modder.

„Darüber hinaus läuft auch der Vorschlag, die Fachaufsicht über die Forschung beim Wissenschaftsministerium zu belassen, ins Leere. Die Universität Göttingen ist eine selbstständige Stiftung, über die das Land nur die Rechtsaufsicht ausübt. Würde die

Ankündigung der CDU Wirklichkeit, hätte das folgenschwere Konsequenzen vor allem für die Göttinger Hochschulmedizin. Das Klinikum müsse aus der Stiftung herausgelöst werden, was eine Schwächung der Universität und das Ende des Stiftungsmodells zur Folge hätte."

Mit freundlichen Grüßen

Frank Jungbluth
Pressesprecher

SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Telefon: 0511 / 3030-4011
Telefax: 0511 / 3030-4808
Mobil: 0170 / 223 5646
E-Mail: frank.jungbluth@lt.niedersachsen.de
Internet: www.spd-fraktion-niedersachsen.de